

Aktuell

Nr. 94

21.10.2015

Inhalt

BMBF

Meister BAföG wird noch attraktiver

ZDH

Handwerk: Bürokratieentlastung ambitioniert vorantreiben

BIBB

Immer weniger Betriebe bilden aus

Bremen

Ausbildungsoffensive für Flüchtlinge ist starkes Signal der Wirtschaft

BIBB

"Friedrich-Edding-Preis" für Berufsbildungsforschung verliehen

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge

Bermudadreieck beim Übergang von Schule in den Beruf vermeiden

BMBF

Meister BAföG wird noch attraktiver

Bundeskabinett beschließt Novelle des AFBG / Wanka: "Wir stärken das größte und erfolgreichste Förderprogramm in der beruflichen Bildung"

Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf für die Novelle des "Meister-BAföG" beschlossen. Das neu gefasste Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) enthält zahlreiche Modernisierungen und Leistungsverbesserungen. Unter anderem steigt mit diesem Entwurf und den Verbesserungen aus der schon beschlossenen BAföG-Novelle der maximale Unterhaltsbeitrag im AFBG für Alleinstehende von 697 Euro auf 768 Euro und damit um 71 Euro. Der maximale Maßnahmenbeitrag für Lehrgangs- und Prüfungskosten steigt von 10.226 Euro auf 15.000 Euro. Weitere Sätze, Freibeträge und Zuschussanteile werden ebenfalls erhöht. Zudem schafft der Gesetzentwurf für Bachelorabsolventen und -absolventinnen einen Zugang zur AFBG-Förderung, wenn Sie zusätzlich einen Meisterkurs oder eine vergleichbare Fortbildung machen wollen.

mehr: <https://www.bmbf.de/de/meister-bafoeg-wird-noch-attraktiver-1789.html>

ZDH

Handwerk: Bürokratieentlastung ambitioniert vorantreiben

Zum Jahresbericht des Nationalen Normenkontrollrats (NKR) erklärt der Generalsekretär des Zentralverbands des deutschen Handwerks (ZDH), Holger Schwannecke:

„Die Bundesregierung ist beim Bürokratieabbau auf dem richtigen Weg. Das zeigt die Jahresbilanz des NKR deutlich. Nun gilt es, diesen Weg weiter konsequent zu verfolgen. Konkret brauchen wir zeitnah ein zweites ambitioniertes Bürokratieentlastungsgesetz. Die Vorschläge hierfür liegen auf dem Tisch. Dazu gehört unter anderem die Rückverlegung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge.

mehr: <http://www.zdh.de/presse/pressemeldungen/handwerk-buerokratieentlastung-ambitioniert-vorantreiben.html>

BIBB

Immer weniger Betriebe bilden aus

Die Zahl der ausbildenden Betriebe ist im Zeitraum von 2007 bis 2013 um 52.000 gesunken. Das bedeutet, dass sich rund jeder zehnte Ausbildungsbetrieb seitdem aus der Ausbildung zurückgezogen hat. Die Ausbildungsbetriebsquote sank im gleichen Zeitraum von mehr als 24 % auf unter 21 %. Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung ist der deutliche Anstieg unbesetzter Ausbildungsstellen.

mehr: http://www.bibb.de/de/pressemitteilung_35544.php

Bremen

Ausbildungsoffensive für Flüchtlinge ist starkes Signal der Wirtschaft

Auf Initiative der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven wird die Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven jungen Flüchtlingen mehr als 700 Ausbildungs- und Praktikumsplätze anbieten.

Nach Auskunft der Kammern sind über 200 Ausbildungsbetriebe der Initiative "Flüchtlinge in Ausbildung" gefolgt und haben verschiedene Angebote für Ausbildungsplätze und Praktika gemeldet. So wollen die Unternehmen im Land Bremen über 300 Ausbildungsplätze, 166 Plätze für Einstiegsqualifikationen und 231 Praktikumsplätze bereitstellen.

mehr: <http://senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen146.c.152695.de&asl=bremen02.c.732.de>

BIBB

"Friedrich-Edding-Preis" für Berufsbildungsforschung verliehen

Die Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsnetz (AG BFN) hat vier Nachwuchswissenschaftler und Nachwuchswissenschaftlerinnen für ihre herausragenden Dissertationen in der Berufsbildungsforschung mit dem "Friedrich-Edding-Preis 2015" ausgezeichnet.

mehr: www.agbfn.de

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge Bermudadreieck beim Übergang von Schule in den Beruf vermeiden

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. gibt Empfehlungen für die systematische Förderung junger Menschen am Übergang Schule – Beruf heraus. Arbeitsagenturen, Jobcenter und Träger der Jugendhilfe müssen besser kooperieren, damit Jugendliche nicht durch das System fallen.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. empfiehlt daher den Auf- bzw. Ausbau einer systematischen Zusammenarbeit der Arbeitsagenturen, Jobcenter und Träger der Jugendhilfe in möglichst allen Kommunen. Erfahrungen aus der Vielfalt bereits bestehender lokaler Kooperationen verdeutlichen, dass mit einem umfassend gespannten Netz jungen Menschen effektiver geholfen werden kann.

mehr: <https://www.deutscher-verein.de/de/uploads/empfehlungen-stellungnahmen/2014/dv-31-14-schule-beruf.pdf>



Den nächsten BLBS aktuell Newsletter werden wir ab dem **28. Oktober 2015** versenden.